



Statement für die Sitzung der Ordnungspartnerschaft Verkehrsunfallprävention am 25.2.2010

1) Dementi zum Bericht der MZ v. 29.12.2009

Es gibt, zumindest unsererseits, **keinen** Streit in der OP, jedoch bei mehr als 20 Teilnehmern natürlich unterschiedliche Ansichten, wie man das gemeinsame Ziel der Unfallreduzierung erreichen kann und sollte. Wir wollen, um das politisch zu erklären, keine Opposition sein, sondern ein Koalitionspartner, der natürlich in Teilbereichen andere Ansichten hat, jedoch immer versucht, einen gemeinsamen Konsens zu finden. Dazu gehört allerdings auch Vertrauen und Ehrlichkeit gegeneinander und eine ständige Kommunikation.

2) Äußerung zum Haushaltsplan 2010

So verwundert z. B. die Tatsache, dass man die angenommene Zahl der Verfahren von rd. 170 TSD in 2009 auf 190 TSD in 2010 erhöht ebenso wie die zu erwarteten Bußgeldeinnahmen von 4,5 auf 5 Mio. Aktuell laut Aussage von Herrn Vechtel gegenüber der Presse sind in 2009 bereits 6 Mio. statt der eingeplanten 4,5 Mio. eingenommen worden. Im Haushaltsansatz für 2010 kalkuliert man also eine **Steigerung** von rund 10% ein, obschon man das Ziel, die Unfallzahlen um 10% pro Jahr zu **senken, deutlich** verfehlt hat. Die jüngst veröffentlichten Zahlen für das Jahr 2009 belegen dies traurigerweise sehr drastisch und verzeichnen sogar entgegen dem Landestrend eine Steigerung.

Wie soll das der Bürger verstehen??

3) Zum Inhalt der versandten Broschüre

- a) Das Gutachten weist 63 Unfallhäufigkeitsstellen und 22 unfallhäufige Straßenabschnitte aus. Diese Bereiche sollten verstärkte Beachtung erfahren, damit das gesetzte Ziel, Unfälle zu senken, auch effektiv erreicht werden kann. Hinweise auf andere Bereiche von außen oder durch einen Partner der OP sollten ebenfalls schnellstmöglich und ernsthaft geprüft werden. Manche Entscheidung hierzu z.B. durch die Unfallkommission ist für uns nicht nachvollziehbar. Hier wünschen wir uns eine ständige Beteiligung, die im Hinblick auf das gemeinsame Ziel und dem Wunsch nach mehr Bürgerengagement auch möglich gemacht werden sollte.

Die trotz anderer Zusagen gemachte flächendeckende Geschwindigkeitsüberwachung mit rund 120 Messstellen, die wir

ermittelt haben, bringt nur mehr Geld in die Kassen, führt aber offensichtlich nicht zu der notwendigen Reduzierung von Unfällen, weil keine direkte Ansprache des Verkehrsteilnehmers vor Ort erfolgt.

Dieser wichtige psychologische Effekt darf nicht vernachlässigt werden.

Die Ahndung sollte ja auch ursprünglich und kann daher nur einhergehen mit Information und Ansprache der Verkehrsteilnehmer direkt nach dem Verstoß, um das Bewusstsein zu verändern. Wir verweisen nochmals explizit auf den Eingangstext in der Broschüre, in dem es heißt: Aber wie lehre ich die Sehnsucht nach mehr Vorsicht, Rücksicht und Nachsicht.

Daher ist die Anschaffung des zweiten Radarwagens durch die Stadt sowie der lt. Presse rund 170.000 Euro Messanlage der Polizei gedanklich absolut nicht nachvollziehbar, da hier keine direkte Ansprache erfolgen wird.

- b) Positiv festzustellen sind dagegen die mittlerweile vorgenommenen roten Markierungen der Fahrradfurten und die dadurch erzielten Sicherheits- und Aufmerksamkeitsgewinne durch die Verkehrsteilnehmer. Auch die Plakataktion wie z.B. „Schulterblick“ ist hier zu erwähnen.
- c) Wieso hat die Stadt Münster gemeinsam mit der Polizei ein Memorandum abgegeben, verweist in der aktuellen Broschüre ausführlich darauf und hält sich dennoch nicht an die festgeschriebenen Empfehlungen des GdV-Gutachtens wie z.B. das Aufstellen von Starenkästen?

Wir können und wollen im Rahmen der OP nicht zulassen, dass die gewünschte Reduzierung der Unfallzahlen nicht erreicht wird und erwarten daher einen andauernden und konstruktiven Dialog mit allen Partnern der OP zum Wohle aller Verkehrsteilnehmer.

Daher haben wir in Verbindung mit dem Fahrlehrerverband bereits seit einiger Zeit Aufkleber auf vielen Fahrschulfahrzeugen und deren Geschäftslokalen, die dem Bürger signalisieren, dass er sich hier kostenlos zu konkreten Fragen und Verkehrsregelungen beraten und informieren lassen kann.

Des Weiteren bietet der AC Münster im Rahmen seines monatlichen und öffentlichen Stammtisches kostenlos Information und Austausch für jeden interessierten Bürger. Geplant sind u. a. Referate zum Thema „STVO und aktuelle Änderungen“, „Alter und Autofahren“ und „Krankheit und Autofahren“. Auch Podiumsdiskussionen hierzu sind in der Planung. Ort und Termine hierzu werden rechtzeitig der Presse bekannt gegeben.

Abschließend noch eine Empfehlung an die Verwaltung:
Sprechen Sie zukünftig bitte nicht mehr von „Grünen Wellen“ bei der Modernisierung von Ampelanlagen und deren Schaltungen, sondern allenfalls von Verbesserung des Verkehrsflusses.

Zahlreiche Anrufe von Verkehrsteilnehmern bei uns sowie Leserbriefe in der Presse zeigen, dass auch unsere ursprüngliche Ansicht, was eine „Grüne Welle“ ist, von vielen Bürgerinnen und Bürgern geteilt wird, aber das aktuelle System MOTION diese Erwartungshaltung nicht erfüllen kann. Das haben wir mittlerweile durch zahlreiche Gespräche mit den Fachleuten lernen müssen.

Hermann Frisch
Verkehrsreferent des AC Münster im ADAC